ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
DEZEMBER 2016

DIE aNDERE

Das Abendland feiert

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Bürgerbegehren ist vor dem Bürgerentscheid: Nach wie vor dürfen wir uns mit dem immer noch aktuellen Bürgerbegehren *Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte* beschäftigen. Dank der Rathauskooperation wurde dieses in der Stadtverordnetenversammlung vom September für unzulässig erklärt. **André Tomczak** von der Bürgerinitiative *Potsdamer Mitte Neu Denken* erklärt, warum es sich lohnt weiterzumachen und wie die nächsten Schritte aussehen werden.

Ob sich die viel gepriesene Bürgerbeteiligung der Stadt Potsdam auch in anderen Bereichen widerspiegelt, erfahren Sie u.a. in einem Interview mit **Axel Kruschat** vom BUND zur Novellierung der Baumschutzverordnung und in einem Artikel zum aktuellen Bürgerhaushalt von **Carsten Linke**.

Im September fand wieder die alljährliche Rotation unserer Fraktion statt. Neulinge im Stadthaus sind **Jan Kuppert** und **Eric Blume**. **Julia Laabs** und **Christian Kube** waren schon mal Mitglieder der Fraktion und übernehmen nun als Doppelspitze den Fraktionsvorsitz. Wir wünschen den Vieren Gutes Gelingen!

Wie immer freuen wir uns über Anregungen und Kritik.

Die aktuelle Fraktion der aNDEREN (v.l.n.r.): Jan Kuppert, Julia Laabs, Christian Kube, Eric Blume

Inhalt

KURZNOTIZEN		04
STADTRÄUME	**Eine Stadt für Alle! Eine Stadt ohne Barrieren**	06
	High Society schnuppert ins Stadtleben	09
BÜRGERBETEILIGUNG	**Der Bürgerhaushalt 2017 – ein Politikbarometer der Stadt**	12
	Bürger begehren ihre Mitte	18
PERSONALIA	**Was macht eigentlich eine Fraktionsgeschäftsstelle?**	23
	Rede zur Beschlussfassung der Ehrenbürgerwürde Plattners	26
STÄDTISCHE BETRIEBE	**Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – TEIL 2**	30
GARNISONKIRCHE	**Der Turmbau der Eitelkeit**	32
STADTNATUR	**Erfolg gegen Bäume**	36

KURZNOTIZEN

Potsdam entdeckt Max Dortu

Seit nahezu 20 Jahren führt DIE aNDERE inzwischen am Todestag **Max Dortus** Gedenkveranstaltungen an den Potsdamer Demokraten und Revolutionär durch. Am 31.07.2016 luden die Stadt Potsdam und der *Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam* nun erstmals gemeinsam in das Geburtshaus **Max Dortus** – die heutige Max-Dortu-Schule (Seite **05**). In dem denkmalgeschützten Rokokosaal gelang eine berührende Gedenkveranstaltung, in deren Mittelpunkt der Film *Max Dortu oder Nur die Toten kehren nicht zurück*[1] (DDR 1976/77) stand. Wir hoffen, dass 2017 endlich auch zum ersten Mal der *Max-Dortu-Preis* vom Oberbürgermeister verliehen wird. Davor gibt es natürlich noch ein Gedenken der aNDEREN Art. Am 12.11. wurde die Schlossattrappe zum zweiten Mal zur Kulisse für das *Max-Dortu-Gedenksteinewerfen* (siehe auch Seite **39**).

Mehr Fahrradständer an Potsdamer Schulen

Nach einer von unserer Fraktion beantragten Prüfung der Zahl der benötigten Fahrradständer an Potsdamer Schulen wird dort nun kräftig nachgelegt. Im Jahr 2017 sollen 412 zusätzliche Stellplätze an acht Grundschulen, 264 Stellplätze an zwei Gesamtschulen und 155 Stellplätze an zwei Gymnasien geschaffen werden.

Tastanleitung für Hundekot

Im Gegensatz zu anderen Städten ist in der Potsdamer Stadtordnung für Blindenführhunde keine Ausnahme von der Kotbeseitigungspflicht vorgesehen. Nun erlangte Potsdam wieder einmal bundesweite Aufmerksamkeit. Das ZDF berichtete in der Rubrik *Knaller der Woche* über einen Mailwechsel, in dem die Stadtverwaltung einer Blindenhundführerin erklärte, wie sie den Kot ihres Führhundes vermeintlich am besten ertasten und entsorgen könnte. DIE aNDERE hat für die Novembersitzung der SVV nun beantragt, die Änderung der Stadtordnung auf den Weg zu bringen, damit diesem diskriminierenden Spuk der Boden entzogen wird.

Gewalt- und Kinderschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte

Die Stadt Potsdam bekommt ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte. Ein entsprechender Antrag der aNDEREN wurde nach mehrfacher Beratung in den Fachausschüssen endlich beschlossen. Damit sollen bauliche, personelle und organisatorische Mindeststandards erarbeitet werden, die dazu beitragen, dass Übergriffe und Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften möglichst frühzeitig verhindert werden.

[1] **www.filmportal.de/film/max-dortu-oder-nur-die-toten-kehren-nicht-zurueck_7c997c77699b45d2bbcd68ae0aab4acd**

► **Max-Dortu-Schule**

Internet-Dolmetscherdienst ohne Ausländerbehörde

2015 präsentierte die damalige Sozialbeigeordnete in der Lokalpresse einen innovativen Service. Verschiedene Verwaltungsstellen sollten künftig einen internetbasierten Dolmetscherdienst nutzen und damit flexibel und unbürokratisch auf Dolmetscher zurückgreifen können. In einer Antwort auf unsere Kleine Anfrage 16/SVV/0594 blieb allerdings offen, warum dieser Service ausgerechnet von der Ausländerbehörde bislang nicht genutzt wird. Stattdessen werden „Kund*innen“ dieser Behörde in jedem Schreiben aufgefordert, einen Sprachmittler oder eine Sprachmittlerin mitzubringen.

Neuer Fußballplatz am Lerchensteig

Stadtverwaltung, AWO und *Potsdamer Kickers* präsentierten den neuen Standort für den Fußballplatz im Potsdamer Norden. Dieser soll am Lerchensteig entstehen. Die Lage wird sicher zu einigen Problemen führen, da der Platz gerade für Jugendliche fußläufig aus dem Bornstedter Feld nicht erreichbar ist. Andererseits kann der Platz zu einer Bereicherung des benachbarten AWO-Sozialdorfes werden und bietet Platz für ein richtiges Vereinsheim, auf das die *Potsdamer Kickers* seit Jahren warten. DIE aNDERE wird gern dazu beitragen, die Verkehrsanbindung zu verbessern.

Eine Stadt für Alle!
Eine Stadt ohne Barrieren

VON CARSTEN LINKE

Ein Beitrag zu Aufzügen und Ausgrenzungen

Barrierefreiheit wird in vielen anderen Sprachen als Zustand der leichten und einfachen Zugänglichkeit bezeichnet (engl.: *Accessibility*, span.: *Accesibilidad*, frz.: *Accessibilité*). Im weiteren Sinn zielt das Prinzip der Barrierefreiheit aber darauf, dass nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen, auf Rollstühle Angewiesene oder ältere Menschen mit Geh-, Seh- oder Gleichgewichtsstörungen, sondern auch Personen mit Kleinkindern und Kinderwagen in die frei zugängliche Nutzung der baulich gestalteten Umwelt einbezogen werden. Diese weitergehende Sichtweise unterscheidet nicht mehr zwischen einzelnen Personengruppen, vielmehr sollen die Bedürfnisse ALLER Menschen berücksichtigt werden. Dieses Verständnis der Barrierefreiheit wird daher auch *Design für Alle* oder *universelles Design* genannt. Dabei geht es nicht nur um die Planung und Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen, sondern auch von Infrastrukturen. Barrierefreiheit im engeren Sinne ist in Deutschland gesetzlich geregelt und bezieht sich auf bauliche Fragen. Die Stadt Potsdam ist diesbezüglich auch der Erklärung von Barcelona (*Die Stadt und die Behinderten* von 1995) mit SVV-Beschluss und entsprechender PR beigetreten.

Ökonomische und soziokulturelle Barrieren

Doch Barrierefreiheit kann viel weiter gefasst und gedacht werden. Bei dem aktuellen Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte ging es letztendlich auch um eine andere Form der Barrierefreiheit. Es ging und geht um die Verhinderung soziokultureller und ökonomischer Barrieren. Mit dem Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte, mit den Diskussionen um den Wiederaufbau der Garnisonkirche, um die Gestaltung der Plantage, die Zukunft des Rechenzentrums finden aktuell zahlreiche Diskurse um die Entwicklung der Stadt statt. Es geht dabei nicht nur um rein städtebauliche oder architektonische Aspekte, sondern auch darum, für wen wir die Stadt weiterentwickeln. Wer wird dabei beteiligt oder ausgegrenzt? Nicht nur bei den Planungen, sondern auch bei den Lösungen! Es besteht seitens der *Bürgerinitiative Potsdamer Mitte Neu Denken* und zahlreicher junger Menschen die nicht unberechtigte Befürchtung, dass die sogenannte „Neue Mitte“ zur Ausgrenzung einiger Potsdamer*innen führt. Gemeint ist hierbei eine ökonomische Ausgrenzung. Das, was da nach Plänen der Stadtoberen entstehen sollte, wäre für weite Teile der Bevölkerung nicht bezahlbar. Potsdamer Immobilien sind längst zum Spekulationsobjekt geworden. Daran ändert auch der sogenannte Kompromiss der Rathausconnection (bestehend aus SPD und Linken) zur Einbeziehung der Wohnungsbaugenossenschaften auf Teilen des Baufeldes nichts. Die angepriesenen Geschäfte und Gaststätten in der „Neuen Mitte“ bedeuten, dass eine ökonomische Nutzungsschwelle erbaut wird.

Geld ist eine ökonomische Barriere. Geld ist ein Instrument der kulturellen und sozialen Ausgrenzung. Dies kann niemand mehr ernsthaft bestreiten. Somit stellen hochpreisige Angebote eine Barriere für ganze Stadtquartiere oder -bereiche dar. Den Stadtoberen fehlt dafür jegliches Gespür. Das Thema Gentrifizierung wird geleugnet. Selbst im Kernbereich des Themas Barrierefreiheit hat die Stadt mit der Gestaltung der Uferpromenade und dem nicht funktionierenden Aufzug gezeigt, dass ihr auch dieses Thema augenscheinlich egal ist.

Promenade mit Hindernissen

Den von der Stadt vorgelegten Entwurf zum „Ersten Zwischenbericht zum lokalen Teilhabeplan“ hat die Fraktion DIE aNDERE in der SVV abgelehnt, weil er völlig unkritisch mit der Arbeit der Stadtverwaltung umgeht. Zwar gibt es gelungene Beispiele für die Verbesserung der Situation von Behinderten. Die *Alte Fahrt*, mit der fast boshaften Ignoranz seitens der *Götzmanntruppen*, das Thema Barrierefreiheit bereits bei der Planung zu berücksichtigen, ist jedoch zur „Visitenkarte der Stadt“ geworden.

Das ganze Drama ist nachzulesen auf der Webseite der engagierten Eheleute **Herrmann** unter http://potsdamfernsehen.de/index.php?id=9.

Das Bild mit Rampe – gedanklich von den **Herrmanns** ergänzt (unten) – stammt vom Büro *betcke jarosch landschaftsarchitektur GmbH berlin*. Dieser Vorschlag wurde von der Potsdamer Jury bewertet und als zu risikoreich verworfen.

Natürlich! Eine ordentliche maßgerechte Treppe kommt den gleichschrittverliebten Deutschen mehr entgegen und stellt eine viel bessere Barriere dar. Die jetzige Freitreppe ist ein Ausgrenzungsbauwerk. Der Beschluss der SVV vom Dezember 2014, welcher auf einen DIE aNDERE-Antrag hin gefasst wurde und die Symptome vor Ort mindern sollte (ein barrierefreier Zugang für alle), wurde seitens der Stadtverwaltung bis heute nicht umgesetzt.

Der Umgang mit dem Uferzugang und das Drama um dessen Aufzug machen deutlich, dass die Potsdamer Bauverwaltung eher in der Lage ist, sich in das 18. Jahrhundert zu versetzen als in die Thematik *Design für Alle*. Es macht aber auch deutlich, dass Potsdam nicht nur geografisch weit von Barcelona entfernt ist.

STADTRÄUME

High Society schnuppert ins Stadtleben hinein

VON STEN

Ende Juli besuchten 40 Journalist*innen der BILD-Zeitung gemeinsam mit deren Herausgeber Kai Diekmann das Mercure-Hotel. Auf Twitter verkündete er:

> ***„What a view. So nice to be back“***
>
> **–**
>
> ***(„Was für eine Aussicht. So schön wieder hier zu sein“).***

Denn Diekmann war nicht das erste Mal im Mercure. Davon zeugt ein Interview, dass die PNN am 12. April mit dem „Potsdamer und BILD-Herausgeber“ veröffentlichten.

(www.pnn.de/potsdam/1067274)

Damals hatte er gerade eine Nacht im Hotel Mercure verbracht. Nicht, weil er zu Hause einen Wasserrohrbruch hatte, sondern weil ihn die *“zukünftige Potsdamer Architektur schon eine ganze Weile“* beschäftigt und er *„damals, im Jahr 2012, die Auseinandersetzung um das Mercure verfolgt“* hat. Und da dachte er sich jetzt, wo der Streit um das Mercure mal wieder tobte, mit seiner Familie: *„wir wollen es uns anschauen, so lange es noch da ist“* und mietete sich natürlich ganz oben ein. Man hatte in diesem Paradeexemplar *„sozialistischer Notdurftarchitektur“* (**Günther Jauch**, auch Berliner Vorstadt) wohl auf ein bisschen Abenteuer gehofft: dunkle und kalte Zimmer, auf dem blanken Betonboden eine Matratze aus sibirischem Rentiermoos, unfreundliches Personal und karge Portionen. Doch was der **Kai** von der BILD-Zeitung sah, hat ihn *„..überrascht. Ich hatte erwartet, dass in die Zimmer mit Blick auf den Abriss seit Langem nicht mehr investiert wurde. Aber die haben einfach einen guten Standard und ein unglaubliches Preis-Leistungs-Verhältnis. Das Hochzeitszimmer war etwas rustikaler eingerichtet, die anderen Zimmer schön modern. Zum Frühstück gab es ein großartiges Buffet. Der Service ist total freundlich, das Frühstück für kleine Kinder unter zehn kostenlos.“*

Nah am Fußvolk

Doch Familie **Diekmann** genoss nicht nur das Buffet und den Ausblick aus dem 15. Stock, sondern wagte sich auch aus dem Haus. Und die geradezu bewusstseinserweiternden Erfahrungen, die die **Diekmanns** dabei machten, verdienen es hier in voller Länge zitiert zu werden:

„Als erstes haben die Kinder von oben den Rummel am Lustgarten gesehen, dort sind wir rauf und runter. Und wir sind zu Fuß essen gegangen. In der Berliner Vorstadt schafft man es gerade mal noch in die Schiffbauergasse. Jetzt sind wir von der anderen Richtung gekommen. Und ich bin total begeistert. Wir waren im Restaurant Waage, einem Italiener auf dem Neuen Markt. Und einen Späti gibt es auch ... *PNN: ... in der Friedrich-Ebert-Straße* ... und daneben eine Cocktailbar ... *PNN: ... die Unscheinbar* ... dort war es herrlich, ich war begeistert. Eine Bar, die wohl bis morgens um 6 Uhr offen hat – das festzustellen, war eine wesentliche Erkenntnis. Ich bin ja kein Freund davon, aber Whiskey sour, Blaubeer-Mojito ... Die Cocktails waren prima.“

Prost. Diese Zeilen sagen mehr über den Umbau der Potsdamer Innenstadt aus, als die gelegentlichen beleidigten Einlassungen eines **Jann Jakobs**, das wahnhafte Gegeifere einer **Barbara Kuster** oder die hasserfüllten Spitzen eines **Ludger Brands**. Lassen wir es uns nochmal auf der Zunge zergehen: der „Potsdamer“ **Kai Diekmann**, der *„seit einigen Jahren am Jungfernsee“* wohnt, schafft es in der Regel gerade bis in die Schiffbauergasse. Und das wohl mit dem Familien-SUV, denn es ist ausdrücklich erwähnenswert: *„Und wir sind zu Fuß essen gegangen“*! Die Potsdamer Innenstadt, ihre Straßen, Plätze, Lokalitäten sind ihm völlig fremd. Wie ein Tourist von weiter weg schlendert er durchs Stadtzentrum und entdeckt dessen Attraktionen. Und ja, man muss es ihm zu Gute halten, dass er sich aus dem Reichenghetto Berliner Vorstadt herausgewagt und wenigstens ansatzweise auf diese Stadt eingelassen hat.

Potsdam als beschauliche Kulisse

Damit hat er gleichzeitig die unsichtbaren Mauern sichtbar gemacht, hinter denen sich die „prominenten“ Bewohner*innen dieser Stadt, die **Jauchs**, **Joops**, **Döpfners** etc. eingerichtet haben, die sich die Stadtplanung Potsdams zum Hobby erkoren haben. Potsdam ist nicht die Stadt, in der sie leben. Ihre Infrastruktur, ihre Widersprüche, ihre sozialen Prozesse bedeuten ihnen nichts. Sie leben auf ihrer Wohlstandsinsel mit dem Rücken zur Stadt. Der Blick geht nach Berlin, wo sie Positionen und Netzwerke haben und wohin sie regelmäßig pendeln (natürlich nicht mit dem ÖPNV). Potsdam, das ist für sie eine Kulisse rundherum um die Villa. Und diese Kulisse soll möglichst pittoresk, märchenhaft, historisierend sein. Jeder von ihnen ein kleiner **Ludwig II.**, der sich an der Havel ein Neuschwanstein erträumt, in dem reale Menschen (außer ihnen und den notwendigen Bediensteten) eigentlich nur stören. Das Verhalten der „bürgerlichen“ Rathauskoalition gegenüber dieser Schicht stellt dann auch eine Mischung aus dem andächtigen Staunen eines Fünfjährigen im Angesicht eines Lamborghinis und der Servilität eines alten Lakaien dar. Zugelassen zu den Katzentischen der Botox-Schönen und relativ Reichen, gefangen in einer Blase der Selbstbestätigung glauben sie, den Willen der Mehrheit zu repräsentieren und diesen gegen das zänkische Gestänkere einer kleinen Gruppe kirchenhassender Altkommunisten, Linksradikaler und DDR-Nostalgiker verteidigen zu müssen.

Geldwertes Verstehen-Wollen

Dass es gerade **Kai Diekmann** ist, der es schafft, ein Stück aus dieser Blase herauszutreten (und sie, wie erwähnt, gerade dadurch sichtbar werden zu lassen) ist kein Zufall. Kein anderes Medium dieses Landes ist so sensibel für den Massengeschmack der Bewohner*innen dieses Landes wie die BILD-Zeitung. Deshalb schwenkte das Blatt, das bei der Hetze gegen Geflüchtete, Griechen und andere immer ganz weit vorne dabei war, plötzlich auf Refugees-Welcome um, als eine massenhafte Welle der Flüchtlingssolidarität und der Willkommensinitiativen durchs Land ging. **Diekmann** ist das Trüffelschwein dieser Art von Journalismus. So ist er im Gegensatz zu Leuten wie **Jakobs**, **Brands**, **Kusters** etc. in der Lage zu erkennen, dass sich ein massiver Widerwillen aufgestaut hat, gegen die Stadtplanung nach dem Willen der Berliner Vorstand. Gerade auch bei der Käuferschicht der BILD-Zeitung, den sogenannten „kleinen Leuten“. Gelernt, sein Mäntelchen in den Wind zu hängen, darauf achtend es sich nicht mit einer relevanten Anzahl möglicher Zeitungskäufer*innen zu verderben, entwickelt er so „Verständnis für diejenigen, die mit dem Hotel emotionale Erinnerungen verbinden.“ Es dürfte einer der wenigen Fälle sein, in denen Standpunktlosigkeit eine erkenntnisfördernde Wirkung hat.

BÜRGERBETEILIGUNG

Der Bürgerhaushalt 2017 – ein Politikbarometer der Stadt

VON CARSTEN LINKE

Die Abstimmung zum Bürgerhaushalt 2017 ist beendet. Es wurden 155.714 Kreuzchen gesetzt. Es haben rund 14.600 Potsdamer*innen an der siebenwöchigen Abstimmungsrunde teilgenommen. 40 Vorschläge standen in den drei Kategorien Haushaltssicherung, laufende Verwaltung und Investitionsplanung zur Auswahl.

Die Erfahrung der letzte Jahre und die ersten Einschätzungen seitens der Rathausspitze auf der Abschlussveranstaltung am 13.10. zeigen, dass ein Großteil der verbleibenden 20 Vorschläge zwar beraten, aber auch im Sande verlaufen wird. Meist werden die Anträge der Bürger*innen in den Ausschüssen Opfer derer, die mit Wortklauberei das zerreden, was sie ohnehin nicht tun wollen.

Unabhängig davon kann diese Abstimmung als eine Bürger*innenbefragung gewertet werden. Die Abstimmung ist mehr als ein Stimmungsbild, sie ist ein aktuelles Politikbarometer. Dazu gehört der Wille, die eigentliche Intention der Anträge zu erkennen und sie als Stimmungsbild zu begreifen. In der aktiven Teilnahme am Bürgerhaushalt kanalisiert sich der Wunsch nach Mitbestimmung in der Stadt. Hier zeigt sich, was die engagierte Bürgerschaft denkt. Kein Wunder, dass die Stadtverwaltung sich vor offiziellen Befragungen der Bürgerinnen und Bürger fürchtet, denn so mancher Vorschlag, der auf OB-Linie liegt und angeblich das wichtigste Vorhaben für die Stadt ist, schneidet kläglich ab. Im Fokus der Debatte standen die Themen Verkehr, Kita, Stadtgestaltung und Kultur.

Verkehr/Mobilität:

Die Vorschläge zum Radwegeausbau (Vorschlag **Nr. 34**), zu autofreien Tagen in der Innenstadt (**Nr. 25**), zu mehr Gehwegen und barrierefreien Wegen (**Nr. 23** / **Nr. 24**) sowie zu einem besseren ÖPNV (**Nr. 27** / **Nr. 28**) zeigen deutlich, dass die Bevölkerung eine umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung wünscht. Die aktuelle Steigerung der Fahrpreise für den ÖPNV ist in dem Zusammenhang kontraproduktiv. In Summe erhielten diese sechs Vorschläge fast 20.000 Stimmen. Allein der Vorschlag zu den Radwegen/Radschnellwegen hat 12.868 Stimmen erhalten und liegt damit auf **Platz 2** insgesamt.

Die Autolobby hatte auch einen Vorschlag im Rennen und erhielt nur 4.468 Stimmen. Die Umgehungsstraße soll in zukünftigen Planungen zur Verkehrsentwicklung einbezogen werden. Mit diesem Votum haben der OB und die Stadtverwaltung eine gute Unterstützung für das weitere Vorgehen zur (Auto-)Verkehrsvermeidung, für Luftreinhaltung, Lärmminderung und Ähnliches. Es bleibt nur zu wünschen, dass diese Voten als zusätzlicher Ansporn gesehen werden und nicht mit der üblichen Reaktion, „das machen wir doch schon“, abgetan werden. Den Menschen der Stadt reicht es nicht, dass es ein Radwegekonzept gibt, welches viele gute Zukunftsprojekte vorsieht. Sie brauchen jetzt neue Radwege, um umweltfreundlich, schnell und sicher durch die Stadt zu kommen.

Kindertagesstätten:

Zu dem Komplex gab es gleich zwei Vorschläge (Gebühren senken – **Nr. 16** / Mehr Personal – **Nr. 17**). Gemeinsam haben sie über 11.700 Stimmen erreicht und wären als gebündelter Vorschlag hinter Mercure (**Nr. 10**), und den Radwegen (**Nr. 34**) sogar auf **Platz 3** gelandet. Beide Vorschläge und ihre hohen Stimmenzahlen zeigen das Dilemma im Bereich Kitabetreuung auf. Über einen langen Zeitraum hat sich die Stadt aus der Verantwortung

gestohlen und alle Last und Probleme auf die freien Träger abgewälzt. Der OB rühmt sich oft mit der Tatsache, dass Potsdam so viele junge Mitmenschen hat und die Geburtenrate stetig steigt. Das stimmt zwar beides, aber die Kinderzahlen steigen trotz und nicht wegen der „Kinderfreundlichkeit“ der Stadt. Dass Potsdam bei der Kitabetreuung nur schlechter Durchschnitt ist, hat die *Bertelsmann-Stiftung* dem OB schon mehrfach ins Stammbuch geschrieben. Geändert hat sich wenig. Auch jetzt ist zu befürchten, dass die Bürgerhaushaltsvorschläge im Dschungel des Verwaltungshandelns untergehen und keine Effekte zeigen. Die Stadt wird auf die aktuelle Einigung mit den freien Trägern und die Einberufung eines neuen Beirats verweisen – den Kitabeirat. Im Beiratsunwesen ist die Stadt schon immer gut. Sie glaubt sogar, dass dies eine Form der Bürgerbeteiligung darstellt. Außerdem verweist die Stadt wiederholt auf das Land, welches in der Pflicht sei. Doch das Land hat gerade die Finanzmittel aufgestockt. Nun wird sich zeigen, ob die vagen Versprechen, die am 14.09. in und vor der SVV gegenüber der Kita-Initiative gemacht wurden, auch umgesetzt werden. Erfreulich bemerkenswert ist, dass der Vorschlag **Nr. 17**, welcher mehr Personal – sprich eine qualitativ hochwertigere Betreuung – verlangt, fast genau so viele Stimmen erhalten hat wie die Änderung der Gebührensatzung.

Stadtgestaltung:

Ein Dauerbrenner in Potsdam. Die Unterschriften des Bürgerbegehrens waren abgegeben und die Positionierung der Stadtverordneten wurde parallel zu den Bürgerhaushaltsvoten abgewartet. Zur Stadtgestaltung gab es mehrere Vorschläge. Die TOP-FIVE haben wie folgt abgeschnitten:

		Stimmen
Nr. 10	kein öffentliches Geld für den Abriss des *Mercure*	**14.190**
Nr. 09	keine städtischen Mittel für den Bau der Garnisonkirche	**11.716**
Nr. 39	Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in der Innenstadt	**10.044**
Nr. 38	Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule	**8.697**
Nr. 40	Neugestaltung der Mitte umsetzen, historischer Stadtgrundriss	**6.090**

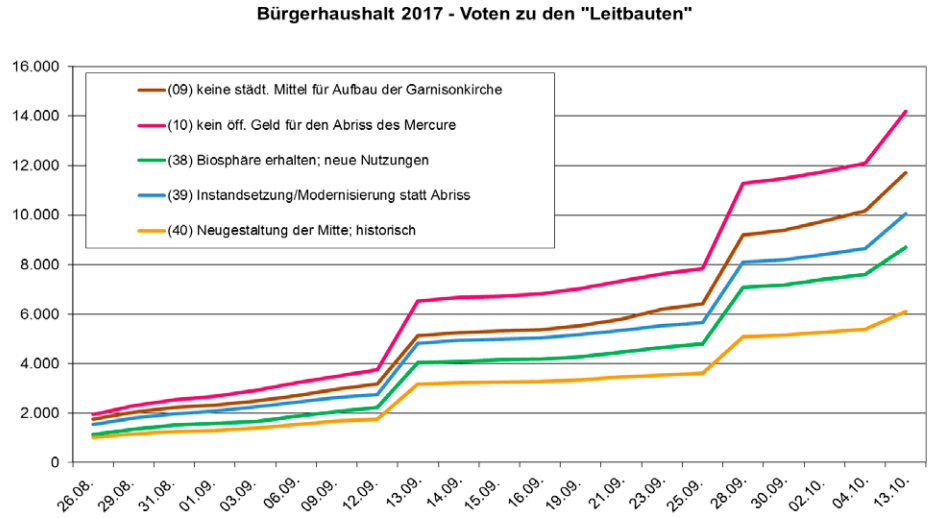
Kläglicher kann Stadtpolitik nicht abschneiden!!! Bei den ersten drei Vorhaben ist der OB mit seiner Verwaltung in Totalopposition. Zusammen haben die drei Vorschläge (**Nr. 09** / **Nr. 10** / **Nr. 39**) 35.950 Stimmen erhalten! Das ist das 6-fache zum Vorschlag zur historischen Mitte (**Nr. 40**), dem angeblich wichtigsten Vorhaben der Stadt. Die Frage „Wen vertritt der OB eigentlich?“ drängt sich auf. Seine hauchdünne und durch faule Kompromisse zusammengehaltene Rathauskooperationsmehrheit ist zwar eine Abstimmungsmehrheit, aber einen Rückhalt in der Bevölkerung hat diese Kooperation scheinbar nicht!

Das *Hotel Mercure* ist wieder mal der Gewinner der Abstimmung. Würde es einen Preis „Haus des Jahres“ geben, dann hätte das Hotel diesen in 2016 wegen des großen Medienechos gewonnen. Gewonnen haben auch die Menschen, die beim Bürgerbegehren unterschrieben haben. Sie haben sich nicht der bürgerlichen Vormundschaft gebeugt und

gezeigt, was ihnen wichtig ist. Dass sogar die SPD eine interne Umfrage zur Zukunft des *Mercure* durchgeführt hat, zeigt, dass wenigstens einige Genossen*innen verstanden haben, dass die OB-Position nicht mehrheitsfähig ist. Gewinner sind auch die Aktivist*innen von *Potsdamer Mitte Neu Denken* (PMND). Sie haben die XXL-Peinlichkeit zur „Wiese des Volkes“ bundesweit publik gemacht. Sie haben ein Umdenken beim Staudenhof erreicht und haben die Stadt gezwungen zuzugeben, dass alle Kaufpläne zum *Mercure* zum Scheitern verurteilt sind. Sie haben sich gegen die fadenscheinige Ablehnung seitens der Stadtverwaltung zur Wehr gesetzt und werden sich auch weiterhin juristisch und inhaltlich mit der Stadt und ihrer Scheuklappenpolitik in der Mitte auseinandersetzen. Ein juristisches Gutachten belegt, dass das Bürgerbegehren sehr wohl als rechtlich zulässig eingestuft werden kann.

Doch noch etwas ist bemerkenswert. Bei genauer Betrachtung gibt es ein klares Wechselspiel zwischen den Verkündungen der Stadt und dem Abstimmungsverhalten der Potsdamer*innen:

Bis zum 31.08. lag der Radwege-Vorschlag (**Nr. 34**) mit 2.551 zu 2.529 vor dem *Mercure* (**Nr. 10**). Dann trat der OB vor die Presse, und verkündete – als Hauptgegner des Begehrens – erwartungsgemäß die Ungültigkeit des Bürgerbegehrens von PMND. Und am nächsten Tag, dem 01.09., lag das Mercure vorn. Über 120 Stimmen kamen am Tag danach allein online hinzu. Auch der Vorschlag **Nr. 39**, welcher ganz auf der Linie von PMND liegt, machte danach nicht schlapp. Ähnlich verhielten sich die Potsdamer*innen nach der SVV-Entscheidung am 14.09. als angeblich ein Kompromiss zur Potsdamer Mitte erzielt wurde. Unbeirrt – oder voller Misstrauen gegenüber den Entscheidungsträgern – pushten sie weiter das *Mercure* und den Instandsetzungs-/Modernisierungs-Vorschlag.



Der Vorschlag **Nr. 39** erhielt ebenfalls ein fünfstelliges Votum und liegt hinter *Mercure* (**Nr. 10**), Radewegen (**Nr. 34**) und Garnisonkirche (**Nr. 09**) stabil auf **Platz 4**. Die Gegeninitiative von *Mitte schön* zur weiteren Historisierung der Innenstadt (Vorschlag **Nr. 40**) liegt von Beginn an weit dahinter. Selbst der *Erhalt und die Umnutzung der Biosphäre* hat mehr Befürworter*innen als die historische Innenstadt! Auch der Tierheimneubau (**Nr. 12** mit 6.698 Stimmen) ist den Potsdamer*innen wichtiger als die *„Mitte schön historisch“*.

Obwohl die Vorschläge zum Mercure (**Nr. 10**) und zur Garnisonkirche (**Nr. 09**) beide in der Kategorie 1 (Haushaltsicherung) standen und sich somit die möglichen 5 Punkte je Votum gegebenenfalls teilen mussten, haben sie zusammen über 25.900 Stimmen bekommen. Das ist ein Sechstel aller abgegebenen Stimmen! 25.900 Stimmen für *„Kein Öffentliches Geld für den Abriss des Hotels und den Aufbau der Garnisonkirche“* sind mehr als nur ein Votum zur Haushaltssicherung.

Kultur und Begegnung:

Die Vorschläge *Rechenzentrum erhalten* (**Nr. 13**), *Nachbarschaftshaus Scholle 34 fördern* (**Nr. 36**), *Kulturetat verdoppeln* (**Nr. 14**), *Kulturelle Teilhabe fördern* (**Nr. 15**) und *Bürgerhaus in Eiche/Golm einrichten* (**Nr. 37**) erhielten zusammen über 11.500 Stimmen.
Diese Zahlen weisen einerseits auf Defizite in der Stadt hinsichtlich Angebot und kultureller Teilhabe hin und andererseits zeigen sie auf, dass das Engagement des Stadtteilnetzwerkes oder der Kulturlobbyisten auf breite Resonanz stößt. Selbstverständlich ist das *Rechenzentrum* mehr als ein Kulturort. Es ist ein, vielleicht sogar DAS, Kreativzentrum der Stadt. Rund 250 „Schaffende“ sind im Rechenzentrum künstlerisch und wirtschaftlich tätig. Gleichzeitig ist es, ebenso wie die *Scholle 34*, ein wichtiges Begegnungszentrum. Beide Einrichtungen bieten die nötigen Freiräume für zahlreiche weitere Nutzer*innen, die vielerorts fehlen oder abgeschafft werden.

Bei all den Auswertungen muss beachtet werden, dass die Vorschläge **Nr. 13–15** in einer Gruppe waren und sich somit die Stimmen gegenseitig wegnahmen. Andererseits können sie sehr wohl als deutliches Votum für einen akuten Nachholbedarf im Kulturbereich betrachtet werden. Natürlich ist der Erhalt des *Rechenzentrums* für 2017 gesichert. Aber das Signal, welches von der Abstimmung ausgeht, geht über den 31.08.2018 (Ende der aktuellen Vertragslaufzeit) hinaus und sollte seitens der Stadtspitze auch so verstanden werden. Eine Kasernierung der Kreativwirtschaft in der Schiffbauergasse ist keine Alternative. Die Husaren-Kaserne kann maximal eine überfällige Ergänzung zu bestehenden Standorten darstellen.

Schwer hatte es das *Stadtteilnetzwerk* in Potsdam-West mit dem Vorschlag **Nr. 36** (*Scholle 34 fördern*). Es stand in unmittelbarer Konkurrenz zu den Vorschlägen **Nr. 34** und **Nr. 39** (Radwegeausbau / Instandsetzung und Modernisierung der Mitte). Es waren vermutlich die selben Menschen, die sich zwischen besseren Radwegen, der Mitte und „ihrer“ Scholle entscheiden und somit ihre Stimmen splitten mussten.

Selbstverständlich könnte und müsste ein solches Bürgerhaushaltsvotum im Sinne eines Politikbarometers komplexer ausgewertet werden. Andererseits kommt in profanen Schmierereien wie *„Baut lieber 10 Kitas als eine Kirche“* die Stimmung in der Stadt auf den Punkt gebracht zum Ausdruck. Es sind die zentralen Fragen: Wem gehört die Stadt? Für wen wird Politik gemacht? Für was wird Geld ausgegeben?

Zwei Hauptschlussfolgerungen lassen sich aus dem Votum der Bürger*innen ableiten:

1.) Viele Menschen wollen nicht in einem Freiluft-Museum leben, sondern in einer lebendigen Stadt. Sie tragen die aktuelle Rathauspolitik nicht mit.

2.) Die Stadt ist mehr als das Areal zwischen Landtag und Sanssouci. Zu dieser Stadt gehören auch Uetz-Paaren, die Waldstadt, Potsdam-West und die anderen Ortsteile!

Die Mehrheit der Potsdamer*innen will ein lebenswertes Potsdam für die Bewohner*innen. UND sie wollen mitreden! Das aktuelle Politikbarometer macht dies erneut deutlich. Neu ist das aber nicht. Der OB bräuchte nur in die Umfragen der letzten Jahre schauen oder die bisherigen Bürgerbegehren und Voten inhaltlich und nicht nur formell ernst nehmen.

BÜRGERBETEILIGUNG

Bürger begehren ihre Mitte

VON ANJA HEIGL

Das Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte geht in die zweite Runde, den Rechtsstreit. Die Klageschrift ist gefertigt und die *Bürgerinitiative Potsdamer Mitte neu denken* (BI PMND) ist zuversichtlich: Das Bürgerbegehren ist rechtens.

Interview mit André Tomczak, einem der Sprecher der BI PMND und einer der beiden Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens zur Potsdamer Mitte.

ANJA HEIGL

André, erläutere doch noch mal kurz, wie es aus deiner Sicht zum Bürgerbegehren gekommen ist.

ANDRÉ TOMCZAK

Schon seit Anfang 2015 setzen wir uns als Initiative für ein Neudenken der Planungen für die *Potsdamer Mitte ein* – ein Sanierungsgebiet, das das Umfeld des Alten Marktes mit FH und Staudenhof-Wohnhaus, den Lustgarten mit Mercure-Hotel, aber auch die Plantage mit dem Rechenzentrum und dem früheren Ort der Garnisonkirche umfasst. Ein Neudenken der Pläne erscheint uns dringend notwendig, weil diese viel zu einseitig und unkritisch auf die frühere Erscheinung ausgerichtet sind. Zudem werden mit den geplanten Abrissen (FH, Staudenhof und Rechenzentrum) nicht nur bedeutende Potenziale für eine sich verändernde Stadt missachtet, sondern auch einige der letzten charakteristischen DDR-Gebäude im Stadtzentrum ausgemerzt.

Im Frühjahr 2016 wurde uns deutlich, dass die weitere Privatisierung im Bereich der Fachhochschule und die Verwendung öffentlicher Mittel für Abrisse intakter Gebäude nur mit einem Bürgerbegehren aufgehalten werden kann: Änderungen an ihrem Konzept *Abriss, Privatisierung, Neubau* wollte die Stadt keinesfalls zulassen. Im Bürgerbegehren erreichte uns enormer Zuspruch, in weniger als drei Monaten kamen die nötigen Unterschriften zusammen... Den Unterzeichnenden war anzumerken, dass sie sich von der kompromisslosen Linie der Stadt übergangen fühlen, dass sie mitsprechen wollen und sich eine Würdigung der jüngeren Geschichte wünschen. Überrascht hat mich, dass sich Menschen ganz unterschiedlicher Hintergründe für unser Begehren einsetzten – das Klischee von alten Ossis, die sich gegen neue Wessis wehren, trifft nur auf den geringsten Teil zu.

Das ist ja eigentlich etwas Positives, ein städtischer Diskurs. Den hätte doch die Stadtpolitik aufgreifen können, oder?

Hat sie aber nicht. Im Gegenteil. Überrascht hat mich auch, wie stark und persönlich sich OB **Jakobs** für die Abrisspläne in der Stadtmitte einsetzt – und dass er noch vor Beginn der Sammlung in seiner Wochenkolumne dazu aufrief, NICHT zu unterzeichnen, er vor möglichen Folgen warnte. Eine *Große Anfrage* seiner Rathauskooperation zu möglichen Folgen unseres Begehrens wurde auf über 15 Seiten beantwortet, die Tragweite als unendlich groß dargestellt... Für uns deutliche Zeichen, dass man die Fragestellung des Bürgerbegehrens als rechtlich zulässig und damit als sehr ernste Bedrohung der eigenen Ziele einschätzte.

Als der OB Ende August in einer Pressekonferenz erklärte, dass das Bürgerbegehren rechtlich nicht zulässig sei, waren wir gründlich überfahren. Hier wurde nicht nur behauptet, einzelne Begriffe der Fragestellung wie „kommunale Grundstücke“, „städtische Eigenanteile“, „beanspruchen“ und „einsetzen“ seien nicht verständlich, sondern auch noch behauptet, wir hätten die Unterzeichnenden mit unserer Fragestellung bewusst „irregeführt“... Eine Beschlussvorlage voll von Widersprüchen, Unterstellungen und Ungenauigkeiten sollte

Die Beschlusslage in der Stadt vor und nach dem Bürgerbegehren und mögliche Entwicklungen

	STAUDENHOF	HOTEL MERCURE	FACHHOCHSCHULE
Alte Beschlüsse	Abriss 2022, preisgünstigen Wohnraum schaffen, Grundstück evtl. verkaufen	Sanierungsziel beinhaltet "Grundstück kaufen, Hotel kaufen und abreißen"	Abriss des Gebäudes, Grundstücke der zwei entstehenden Blöcke kleinteilig im Bieterverfahren verkaufen
Bürgerbegehren:	kein Grundstückverkauf, öffentliche Mittel für Sanierung statt für Abriss nutzen	kein Grundstückskauf, keine öffentlichen Mittel für Abriss einsetzen	kein Grundstückverkauf, öffentliche Mittel für Sanierung statt für Abriss nutzen
OB-Vorlage neu:	kein Grundstücksverkauf, Fördermittel für sozialen Wohnungsbau nutzen	Sanierungsziel bleibt unverändert, keine Kaufmöglichkeit, deshalb Aufschub	Prüfen, wie Genossenschaften privilegiert werden können, Wettbewerbsbedingungen anpassen (z.B.: 60/40 Konzept/Kaufpreis)
DIE LINKE ergänzte:	Abriss nur, wenn wirtschaftlicher Vorteil gegenüber einer Sanierung gegeben ist	Sanierungsziel bleibt erhalten, Kauf auf nächste Generation verschoben	Prüfauftrag, ob die Grundstücke in Erbbaurecht vergeben werden können
Die Grünen ergänzten:	Abriss auch bei wohnungspolitischem Vorteil		
Fazit:	**Der Prüfauftrag wird wohl zu Gunsten des Abrisses schöngerechnet und der Abriss mit der Änderung der Grünen als wohnungspolitischer Vorteil verkauft. Damit wird man das ursprüngliche Konzept umsetzen können. DIE LINKE geht leer aus. Dass die Grundstücke nicht verkauft werden geht auf das Konto des Bürgerbegehrens.**	**Der OB hat eingesehen, dass er das Hotel ohnehin nicht kaufen kann und hat das Thema vertagt; DIE LINKE hat im Grundsatz nichts erreicht.**	**Die Grundstücke werden bereits auf der Immobilienmesse Expo-Real ausgeschrieben, ohne dass überhaupt ein Prüfergebnis zur Erbbaupacht bekannt gemacht wurde – ein Prüfauftrag, der von vornherein ins Leere lief.**

die Nicht-Zulässigkeit begründen. Dass **Jakobs** sich so billig aus der Affäre ziehen will, hatten wir nicht erwartet.

Eilig bemühten wir uns, den haltlosen Unterstellungen des OB mit einem unabhängigen Gutachten entgegenzukommen – kein leichtes Unterfangen, da nicht einmal 14 Tage bis zur Entscheidung blieben: **Jann Jakobs** hatte bis zum letzten möglichen Tag gewartet, um seine Stellungnahme vorzulegen.

Noch am Vortag der *Stadtverordnetenversammlung* (SVV) am 14. September, konnten wir dennoch die Zusammenfassung eines Gegen-Gutachtens des renommierten Baurechts-Juristen Prof. **Christian W. Otto** vorlegen. Diese bestätigte nicht nur, dass die Formulierung unseres Bürgerbegehrens rechtlich nicht zu beanstanden war, sondern bestätigte auch, dass **Jakobs** und seine Gutachter unsachlich und unsauber gearbeitet hatten. Das vollständige Gutachten stand Stadt und Stadtverordneten dann leider erst kurz vor der Sitzung zur Verfügung, weshalb **Kirsch** vom *Bürgerbündnis* ein Aufschieben der Entscheidung beantragte. **Jakobs** lehnte ab, er hatte seine Kooperation schon eingeschworen.

Das Gutachten gelesen haben sicherlich die wenigsten Stadtverordneten. Die meisten werden euer Rechtsgutachten gar nicht zur Kenntnis genommen haben. Dass die Entscheidung zur Rechtmäßigkeit auch anders hätte ausfallen können, war vielfach in der Presse zu lesen. Wie kam das bei euch an?

Uns hat sehr zu schaffen gemacht, dass so über unsere Köpfe hinweg geurteilt wurde. Bei Abgabe der Unterschriftenlisten hatten wir schriftlich um Information durch den Wahlleiter gebeten, falls es formale Hindernisse geben sollte. Das blieb aus, stattdessen wurde die Einschätzung der Stadt in einem sehr kurzfristig bekanntgegebenen Pressetermin öffentlich gemacht. Uns wurde so deutlich, dass „rechtlich nicht zulässig“ hier politisch gewollt war, dass man schlechte Chancen in einer späteren rechtlichen Auseinandersetzung in Kauf nahm, Hauptsache es geht im eigenen Fahrplan weiter.

Alles in allem zeigt uns der bisherige Umgang mit dem Bürgerbegehren, wie hierarchisch die Potsdamer Politik funktioniert. In 2014 und 2015 habe ich selbst erleben können, wie schnell sich etwas bewegt, wenn man Bewusstsein für Problemlagen schafft und Offenheit gegeben ist... Nun verstehe ich wieder besser, warum es so einen großen Frust gegenüber sämtlichen Ebenen der klassischen Politik gibt: Wenn sich die Spitzen der Parteien einig sind, dann hat sich da keiner einzumischen.

Wenn wir schon bei Ärger sind: Wie schätzt du das Verhalten der großen Parteien bei den Abstimmungen in der SVV ein?

Sehr geärgert hat uns, dass **Jakobs** sein Aufschieben der Pläne, das Mercure zu beseitigen, als Kompromiss in der Presse verkaufen konnte: Das Vorhaben „Kauf und Abriss“ war von vornherein aussichtslos (worauf wir bereits im Februar hingewiesen hatten), sich von diesem „realen Irrsinn“ zu verabschieden mehr als überfällig. Umso ärgerlicher, dass

die LINKE – im Bürgerbegehren bis dato wichtige Unterstützerin! – nicht einmal für ihren Kompromissvorschlag „Prüfung, ob die FH in Teilen integriert werden kann“ kämpfte, sondern auch ohne diesen **Jakobs’** halbherzige Korrekturen am bisherigen Konzept mitbeschlossen hat... Die Änderungen hätten im Bauausschuss diskutiert werden müssen, man hat aber sofort abgestimmt.

Viel erreicht hat ja DIE LINKE auch nicht, das zeigt ja auch die Übersicht, die du mitgebracht hast (Seite 20)**. Noch mal die Frage, wie geht es jetzt für das Begehren und die BI PMND weiter?**

Für uns ist nun einerseits wichtig, die windige Begründung des Bürgermeisters zur rechtlichen Zulässigkeit vom Verwaltungsgericht überprüfen zu lassen und damit weiter für die Zulassung des Bürgerentscheides zu kämpfen. Andererseits werden wir uns nun auch wieder der inhaltlichen Arbeit unserer Initiative widmen: Also vor allem Möglichkeiten aufzeigen, wie der Bestand weiterentwickelt werden kann und (Protest-)Aktionen gegen den geplanten Kahlschlag vorbereiten.

Danke und viel Erfolg bei euren weiteren Aktivitäten.

PERSONALIA

Was macht eigentlich eine Fraktionsgeschäftsstelle?

VON ANNEGRET PANNIER

Im Potsdamer Rathaus hat jede gewählte Fraktion Anrecht auf einen Platz für eine Geschäftsstelle. In der Vergangenheit musste sich die aNDERE bereits gegen Versuche wehren, ihr Büro mit der DVU zu teilen. Dies gelang und so können der Fraktionsgeschäftsführer und die Fraktionsgeschäftsführerin in ihrem eigenen kleinen Büro arbeiten. Aber was genau tun sie da, hinter den Kulissen des öffentlich sichtbaren Politgeschäfts?

Abhängig von der Anzahl ihrer Sitze im Stadtparlament erhält eine Fraktion Gelder von der Stadt. Davon werden unter anderem der Fraktionsgeschäftsführer und die Fraktionsgeschäftsführerin bezahlt. Beides sind offiziell Teilzeitstellen, aber in der Realität Jobs mit vielerlei Aufgaben, die zum Teil einfache Botengänge (wie Post holen oder Unterschriften abgeben) oder Sekretariatsangelegenheiten, zum anderen Teil tiefgehende Denk- und Rechercheaufträge sind. In nicht wenigen Wochen gibt es mehr zu tun als die bezahlten Stunden Zeit böten.

Das Fraktionsbüro entlastet die ehrenamtlichen Stadtverordneten, die sich mittels der Sitzungsmappen vorbereiten. Das Vorsortieren durch die Geschäftsstelle spart ihnen Zeit. Schließlich haben die Abgeordneten ein hohes politisches Arbeitspensum, das sie neben Erwerbsarbeit und Familienaufgaben erledigen sollen. Das Rotationsprinzip (jährlicher Wechsel der Stadtverordneten) ist nützlich, um den Eingriff in die Privatsphäre geringer zu halten, dennoch benötigen die Abgeordneten die Unterstützung des Büros. Dieses teilt die Arbeit auf, bereitet Einiges vor und nimmt Manches auch komplett ab.

Anträge und Anfragen

Im aNDERE-Büro werden Anträge vorbereitet, Änderungsanliegen und Ergänzungen sortiert. Es kümmert sich um die Kooperation mit anderen Fraktionen, etwa um Anträge gemeinsam einzubringen.

Neben den Anträgen zur Gestaltung der Stadtpolitik sind Anfragen wichtige Instrumente. Sie sind öffentlich auf der Stadt-Website sichtbare Texte, die daraus entstehen, dass Abgeordnete das Recht haben, die Verwaltung zu kontrollieren. Dazu können sie z.B. *Kleine Anfragen* stellen, mit denen sie u.a. herausfinden können, ob Beschlüsse umgesetzt wurden. Normalerweise soll die Verwaltung *Kleine Anfragen* innerhalb von 14 Tagen beantworten. Als Antriebsfeder für *Kleine Anfragen* sind auch Beobachtungen von Bürgern möglich. Es kann eine unbegrenzte Anzahl dieser Anfragen gestellt werden.

Große Anfragen sind dagegen in der Zahl begrenzt und können Untergruppen von Fragen haben sowie mehr als 14 Tage zur Beantwortung dauern. Anfragenergebnisse bilden oft die Begründung für SVV-Anträge.

Der große Bereich Terminkoordination

Es obliegt dem Büro, die Sitzungstermine der Abgeordneten zu koordinieren: Ausschüsse, Stadtverordnetenversammlungen und besondere Zusatztermine. Dabei gilt es, viele Details zu beachten. Beim Kommunizieren mit den Ausschussbetreuerinnen etwa geht es meist um die Anwesenheitsliste: Die jeweilige Verwaltungskraft, die neben dem politischen Vorsitz für einen Ausschuss zuständig ist, muss überprüfen, wem die Sitzungsgelder/Aufwandsentschädigungen wirklich gebühren.

Außerdem müssen die Fraktionssitzungen vorbereitet werden. So muss die Tagesordnung erstellt, ein Raum gefunden (und gegebenenfalls der Schlüssel abgeholt werden) und der Termin dem SVV-Büro angezeigt werden. Auch dabei ist die Anwesenheitskontrolle für die Verwaltung wichtig. Nebenbei kümmert sich das Büro um die Termine und Protokolle der themenbasierten Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Wählergruppe, welche über die Jahre variieren – in Teilnehmer*innen und AG-Namen.

Kommunikation mit Medien und Menschen

Wenn man wollte, könnte man Teile der Arbeit der Fraktionsgeschäftsstelle auch als PR bezeichnen. Es werden Pressemitteilungen geschrieben und versendet, es wird die Homepage aktualisiert und eifrig die Facebookseite gefüllt. Täglich liest der Fraktionsgeschäftsführer den Pressespiegel mit Potsdambezug und informiert die Abgeordneten über Relevantes.

Schließlich ist das Fraktionsbüro die Schnittstelle zwischen Stadtbevölkerung und Abgeordneten. Viele Gespräche am Telefon oder persönlich mit den Bürokräften dienen der Informationsgewinnung und Weitergabe. Daneben kümmert sich die Geschäftsstelle darum, externe Personen mit Expertise für Gesprächsrunden einzuladen und die Haltungen der anderen Fraktionen zu beobachten, um das Relevante den Abgeordneten mitzuteilen.

Das Büro nimmt sich häufig Zeit für einen Informationsfluss zu den Wählergruppenmitgliedern hin, die gerade nicht Abgeordnete sind – per Mail, persönlich oder telefonisch. So entstehen Transparenz und Impulsmöglichkeiten für die Mitglieder, so kann aber auch die zum Teil erstaunliche Expertise der WG-Mitglieder genutzt werden.

Zwischen Gesetzen, Events und Datenverwaltung

Mitunter muss sich die Geschäftsstelle auch mit juristischen Problemen auseinandersetzen, meist unter Zuhilfenahme von Expert*innen. Gerade in diesem Bereich ist personelle Kontinuität wichtig, da die Ansprechpartner*innen jahrelanger Rechtsstreits möglichst gleich bleiben sollten. Kurzweiliger ist die Mithilfe bei der Vorbereitung bzw. Unterstützung von Aktionen, Events und Demos. In den entsprechenden Jahren verschlingt der Wahlkampf mit all seinen Vor- und Nachbereitungen ebenfalls viel Zeit, hauptsächlich für Koordinationsaufgaben.

Die diversen Aufgaben wurden in den letzten paar Jahren zwischen **Lutz Boede** und **Vera Dost** aufgeteilt, deren Platz nun **Anja Heigl** übernimmt. Einige Aufgaben verlangen sehr viele Recherche und Mailverkehr – und man wird häufig vom Telefonklingeln unterbrochen.

Die Arbeit in einer Fraktionsgeschäftsstelle ist ein Job mit vielen unterschiedlichen Themen und flexiblen Arbeitszeiten. Neben den typischen Bürozeiten müssen auch abendliche Sitzungen abgedeckt werden, wobei eine Stadtverordnetenversammlung nicht selten bis 22 Uhr geht. Dieses Gremium will besonders gut vorbereitet sein, kommt ihm doch die meiste externe Aufmerksamkeit zu. Bevor die eigentliche Sitzung startet, haben die Bürokräfte bereits die Fraktionslaptops mit den entsprechenden Dateien präpariert, damit sie während der SVV genutzt werden können.

Rede zur Beschlussfassung der Ehrenbürgerwürde Plattners

VON JULIA LAABS

In der Stadtverordnetenversammlung vom 14. September wurde über die Ehrenbürgerschaft Hasso Plattners abgestimmt. Den Redebeitrag unserer Fraktion ließ der Oberbürgermeister abbrechen. Für die Annalen und die interessierte Bürgerschaft bringen wir ihn hier jedoch in voller Länge.

Wer danach fragt, ob **Hasso Plattner** Ehrenbürger von Potsdam werden soll, muss sich grundsätzlich die Frage stellen, wofür er diese Auszeichnung bekommen soll – nicht warum er sie nicht haben sollte. Diese Frage darf sich natürlich der ersten anschließen, ist aber nicht vordergründig.

Warum?

Weil die Vergabe der Ehrenbürgerschaft eine besondere Auszeichnung einer Stadt ist. Die Stadt zeichnet mit der Vergabe der Ehrenbürgerschaft gemeinhin ein besonderes bürgerschaftliches Engagement aus. Mit dieser Feststellung kommen wir schließlich zur nächsten Frage: Welches besondere bürgerschaftliche Engagement möchte die Stadt Potsdam auszeichnen?

Diese Frage ist insofern nicht ganz einfach zu beantworten, als dass vorher eine andere Frage gestellt und beantwortet werden muss: Was ist bürgerschaftliches Engagement?

Erst wenn wir wissen, was bürgerschaftliches Engagement ist, können wir überhaupt darüber reden, wer dafür eine Auszeichnung bekommen könnte.

Das Begriffspaar „bürgerschaftliches Engagement“ ist eine Weiterentwicklung des Ehrenamtsbegriffes und stammt aus dem Preußen des frühen 19. Jahrhunderts. Dort wurde das „ehrenvolle Handeln“, also das Ehrenamt, definiert als Einsatz für das Gemeinwohl deshalb gefördert und gewürdigt, weil schlicht kein Geld da war, um ein bestimmtes Handeln zu bezahlen. Später diente das „Ehrenamt“ der Verbesserung der preußischen öffentlichen Verwaltungsstrukturen – ausgeführt durch Ehrenmänner, die selbstredend dafür nicht bezahlt wurden. Insofern war es also eine Ehre, wenn ein honorierter – also entsprechend gewürdigter – Bürger, eine staatliche (öffentliche) Tätigkeit übernahm. Ursprünglich ist das Ehrenamt also zwar eine selbstorganisierte Tätigkeit, die aber staatlich abgeleitet und nicht etwa das Ergebnis einer Graswurzelrevolution war. Diese traditionelle und eher obrigkeitshörige Funktion des Ehrenamtlers führte später dazu, dass der Begriff durch das Begriffspaar „bürgerschaftliches Engagement“ ersetzt wurde. Damit sollte deutlich gemacht werden, dass hier eben explizit das Engagement und die Verantwortungsübernahme für die Gemeinschaft von „unten“ – also aus der Bevölkerung kommend – gemeint ist und eben nicht von „oben“ aus staatlichen Strukturen stammt. Obwohl sich also der Ursprung des Engagements von oben nach unten verschoben hat, ist das Ziel einigermaßen gleich geblieben:

Die Entlastung des Staates und die Privatisierung von Aufgaben, die eigentlich in den Aufgabenbereich des sozialstaatlichen Systems fallen.

Wenn nun also bürgerschaftliches Engagement als Aktivität und Verantwortungsübernahme für Bürger und Bürgerinnen verstanden werden soll, schließt sich die vierte Frage an diesen Diskurs an: Was bedeutet bürgerschaftliches Engagement von unten und welche Ziele verfolgt es?

An erster Stelle stehen natürlich das Wohl der Gemeinschaft und Demokratisierungsbestrebungen („Bürger mischen sich ein und reden mit“). Hinzugekommen ist der Aspekt der sozialen Sicherung (Wie verhindert man, dass existentielle Bedrohungen Menschen zu passiven Wohltätigkeitsempfängern werden lassen?) und der Tätigkeitsaspekt (Erwerbstätigkeit als sinnstiftende Maßnahme ist für viele Menschen nicht mehr maßgeblich oder erreichbar, es wird nach neuen Tätigkeiten außerhalb der Erwerbstätigkeit als identitätsstiftende Maßnahme gesucht).

Einkommen aus Erwerbstätigkeit bestimmen die gesellschaftliche Position eines Menschen. Auf dieser Grundlage werden heute wie früher gesellschaftliche Diskussionen darüber ausgefochten, ob und wie gerecht Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind bzw. werden.

Das bürgerschaftliche Engagement dient heute als wesentliches Mittel, um die Probleme, die aus der Deregulierungs- und Privatisierungspolitik entstehen, zu lösen. Mit anderen Worten: den Problemen, die aufgrund der abnehmenden Erwerbsarbeit entstehen, soll mit sinnhaften, freiwilligen und unbezahlten Gemeinschaftsarbeiten begegnet werden. Im Fokus stehen also die freiwillige und unentgeltliche Gemeinschaftsarbeit und die soziale Selbsthilfe.

Interessant ist in diesem Zusammenhang schließlich die fünfte Frage, wie bürgerschaftliches Engagement entsteht, also welche biographischen Wurzeln es hat. So unterschiedlich die individuellen Motivationen auch sein mögen, es gibt da sicherlich auch Übereinstimmungen, die sich zu Gruppen zusammenfassen lassen:

Da gibt es

1.) Diejenigen, die auf das Engagement anderer Menschen angewiesen sind, weil sie sich selbst als handlungsfähig ansehen oder es aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen auch sind (sozial Schwache, Flüchtlinge, Kinder, Behinderte usw.)

2.) Diejenigen, die aufgrund der Hilfe von außen wieder zu einem selbstbestimmten Handeln bewegt werden.

3.) Diejenigen, die aufgrund ihrer eigenen Initiative eigene Ansprüche verwirklichen, u.U. auch gegen Widerstände. Dabei können durchaus Gemeinwohleffekte entstehen, diese sind aber nicht handlungsorientierend.

4.) Eine weitere Gruppe sind Menschen, die sich aktiv für die eigenen und gemeinschaftlichen Interessen einsetzen.

Unter diesen genannten Prämissen könnte nunmehr die sechste Frage gestellt werden: Wohin lassen sich die Tätigkeiten **Hasso Plattners** in Potsdam zuordnen? –Vielleicht der Gruppe **3.)**?

Demnach würde sich also die Frage stellen, ob Herr **Plattner** vielleicht zu denjenigen gehört, die aufgrund ihrer eigenen Initiative eigene Ansprüche durchsetzen, wodurch – sozusagen als Nebenprodukt – Gemeinwohleffekte entstehen, die ursprünglich aber nicht zielführend waren (z.B. Kunstausstellung – Ausstellungshalle für seine eigene Sammlung, die sich Bürger und Bürgerinnen ansehen dürfen).

Nun könnte man natürlich sagen, dass es letztlich ja egal ist, ob jemand primär oder sekundär für die Gemeinschaft tätig ist. Schließlich käme es ja nur auf die positiven Effekte an, die dabei entstehen.

Aber ganz so einfach ist es eben doch nicht:

Denn Handlungen im Erwerbskontext oder auf der Grundlage vorhandener finanzieller Ressourcen, können zwar punktuell im Interesse der Gemeinschaft sein. Allerdings werden Handlungen im Interesse der Gemeinschaft nur so lange ge- und befördert, wie sie aus unternehmerischer Perspektive nicht unfunktional sind und eigene karrieristische bzw. selbstbezogene berufliche Entwicklungsstrategien in Frage stellen. Gesellschaftliches Engagement reicher und wohlhabender Menschen kann unterschiedlich stattfinden. Grundsätzlich setzt es aber entsprechende finanzielle Ressourcen voraus. Ob das Engagement nun über Stiftungen oder Spenden finanziert wird, das Handeln ist an bestimmte finanzielle Ressourcen gebunden. Erstmals findet also wieder eine Umkehrung in der Begrifflichkeit des bürgerlichen Engagements statt. Die freiwillige unbezahlte Arbeit als Lückenfüller, um Defizite im Wohlfahrtsstaat zu kompensieren, ist aufgrund von Vermögen und Reichtum engagierter Menschen bereits im Vorfeld bezahlt. Zudem können durch vorhandenes Vermögen und Reichtum Dienstleistungen angeboten werden, die sich nicht nur in bestehende Strukturen bestens einfügen lassen, sondern auch neue schaffen. Mit Geld lässt sich ja bekanntlich viel kaufen. Da Herr **Plattner** aufgrund seines Reichtums sicherlich nicht von „unten“ sondern eher von „oben“ kommt, stellen sich mir die beiden folgenden und letzten Fragen:

Falls **Hasso Plattner** aufgrund seiner vermögensbedingten Handlungen und Aktivitäten, die offenbar auch unter die Rubrik bürgerschaftliches Engagement fallen, Ehrenbürger der Stadt Potsdam werden könnte, käme diese würdevolle Ehrung nicht dann auch anderen Menschen zugute, die sich aufgrund ihrer Finanzen mindestens als Nebenwirkung für die Potsdamer Gemeinschaft einsetzen?

Falls das Engagement **Hasso Plattners** Entscheidungsgrundlage für die Auszeichnung mit einer Ehrenbürgerschaft der Stadt Potsdam ist, nach welchen Kriterien kann dann in Zukunft das bürgerliche Engagement von Menschen beurteilt werden, die weder über vergleichbare finanzielle Ressourcen verfügen noch gegen politische, kulturelle und soziale Widerstände eigene Ansprüche verwirklichen können und sich tatsächlich „nur“ freiwillig und unbezahlt für die Menschen in ihrer Stadt einsetzen?

Wie soll ich das morgen alles Lise Meier, Rentnerin und Bezieherin von Grundsicherung und ehrenamtlich engagierte Paten-Oma in der Waldstadt, erklären?

Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam* – TEIL 2

VON ARNDT SÄNDIG

Im Sommer 2015 erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der *ProPotsdam* – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stiegen sie von 100 Euro auf 550 Euro pro Sitzung. Die Fraktionen der Rathauskooperation begründen die Steigerung um 450 Prozent mit der enormen zu tragenden Verantwortung. DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied seine Aufwandsentschädigung. DIE aNDERE unterstützt hier die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring unter anderem der folgenden Projekte.

Den Plänen der Rathauskooperation zur Re-Barockisierung der Innenstadt stellte sich in diesem Jahr die *Initiative Potsdamer Mitte neu denken* entgegen. 14.700 Unterschriften konnten in kürzester Zeit gegen die als Städtebau getarnte ideologisch motivierte Abrisspolitik der Kooperation gesammelt werden. Auf der roten Liste von **Jakobs** und Co. steht auch der Staudenhof der *ProPotsdam*. Doch statt sich für den Erhalt ihrer 184 Innenstadtwohnungen stark zu machen, stellte das Unternehmen zusätzliche Millionen für den Ankauf des *Mercure* in Aussicht. Einmal im Eigentum der *ProPotsdam*, hätte das 17stöckige Vier-Sterne-Hotel leicht der sozialdemokratischen Abrissbirne überantwortet werden können, um einer „Wiese des Volkes“ zu weichen. Nur weil der Eigentümer sein Hotel nicht veräußern wollte, kam der Deal – von dem im Wirtschaftsplan der *ProPotsdam* nichts zu finden ist und der mit dem Unternehmenszweck des Unternehmens keinerlei Berührungspunkte hat – doch nicht zu Stande.

Die Umleitung der Aufsichtsratsdiäten stellte das notwendige Korrektiv zum Handeln der Geschäftsführung des Unternehmens dar. Durch die Mitfinanzierung von Standgebühren und Druckkosten des Bürgerbegehrens konnten Mittel der *ProPotsdam* zugunsten des Erhalts preiswerten Wohnens in der Innenstadt unternehmenszweckkonform eingesetzt werden.

Darüber hinaus konnte die Wähler*innengruppe einen Teil der Aufsichtsratsdiäten auch noch für den Naturschutz nutzbar machen. Mit der neuen Baumschutzverordnung dürfen Bäume ab einem Umfang von 60 (statt bislang 30 cm) ohne Genehmigung gefällt werden. In öffentlichen Parkanlagen braucht es ebenfalls keine Fällgenehmigung mehr. Den Druck von Banderolen, welche öffentlichkeitswirksam an von der Neuregelung betroffenen Bäumen angebracht wurden, zahlte die *ProPotsdam*.

Ohne das finanzielle Engagement des Unternehmens hätte die DIE aNDERE die Unterstützung des Bürgerbegehrens und den Druck der Baumschutzbanderolen aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die nun zugunsten anderer wichtiger Aktivitäten wie dem Rechtsschutz gegen die Verweigerung der Antworten auf die *Große Anfrage* der Fraktion zur Entlohnung der Angestellten in den kommunalen Unternehmen geschont werden konnten.

Auch in den kommenden Ausgaben der Fraktionszeitung wird DIE aNDERE über wichtige, aus den *ProPotsdam* Diäten finanzierte, Projekte berichten.

Der Turmbau der Eitelkeit

VON CARSTEN LINKE

Der neue Werbeprospekt der GK-Fans trägt den Titel:

> ***„Ihr Name im Turm der Garnisonkirche – Eine Spendenidee in Varianten. Bauen Sie mit, mit Ihrem guten Namen!“***

Klingt nach Bausparkasse oder einer Werbung für bargeldloses Zahlen. Doch es geht um Geld, nur um Geld. Im Traumzauberbaum singt der Immobilienhai: „Wir wollen nur Ihr Bestes! Wir wollen nur Ihr Geld!“

Ein Beitrag über Blender und Spender

Ja, *sie* behaupten, dass sie Gutes tun: Sie wollen eine barocke Schönheit errichten. Zu unser aller Besten. Deshalb werben sie mit solchen Texten:

> *„Verbinden Sie Ihren guten Namen mit dem Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche. Ist es für Sie interessant, dass alle folgenden Generationen beim Besuch des Ortes oder Betreten eines Raumes des Garnisonkirchenturmes auf Ihr Engagement aufmerksam werden? Wir bieten Ihnen an, dass Ihr Name an einem Ziegel, einer Stufe oder einem gesamten Raum im Turm der Garnisonkirche sichtbar gemacht wird. Fundament unseres Gesamtprojektes ist unser inhaltlicher Dreiklang: Geschichte erinnern, Verantwortung lernen, Versöhnung leben. Wir haben eine gültige Baugenehmigung, um den Turm als einen Ort der Friedens- und Versöhnungsarbeit im Sinne der weltweiten Nagelkreuzgemeinschaft zu errichten. Das Baufeld für die Wiedererrichtung von einem der ehemals schönsten Barocktürme Deutschlands ist frei.“*

Bisher erinnern die Geldeintreiber vor allem an die Geschichte der Kirche nach 1945 und heben deren Abriss hervor. Wie soll Verantwortung gelernt werden, wenn diese gar nicht gelehrt wird, sondern von sich weggeschoben wird? Wo ist das Schuldeingeständnis für die deutsche Geschichte, die gern von den Aufbaubefürwortern als dunkles Kapitel verharmlost und anonymisiert wird? Wo ist die Aufklärung zur Rolle des königlich-militaristischen, nationalistischen Gotteshauses Garnisonkirche auf dem Weg in zahlreiche Kriege? Mit wem will sich dieses Haus oder wollen sich dessen Erbauer versöhnen? Alle bisherigen Publikationen und Aktionen weisen darauf hin, dass die eigene deutsche Geschichte vor 1945 ausgesöhnt werden soll.

Die Geldeintreiber rufen: Spenden Sie! Spenden Sie ruhig anonym. Das heißt auch: Stehen Sie nicht zur Ihrer Entscheidung. Sie müssen sich nicht schon heute bekennen und sich ggf. der öffentlichen Diskussion aussetzen. Ihr Name wird erst bekannt, wenn die Hütte steht. Und dann können Sie ganz eitel vor Ihrem Namensschild posieren. Selfie inklusive.

Die großen deutschen Firmennamen fehlen bisher in der Spenderliste. Warum? – Weil sie oftmals im *Dritten Reich* den Grundstock ihres wirtschaftlichen Erfolgs gelegt haben. Wer möchte schon daran erinnert werden, wenn er dann als Spender für ein derartig umstrittenes Projekt entlarvt wird. Man könnte diese Zurückhaltung auch als Lernfähigkeit einstufen. Doch wer spendet nun für dieses Bauwerk? **Lieschen Müller**, **Max Mustermann** und **Mäzen Anonymus**. Dieser Mix aus gut gemeintem – vielleicht sogar christlich motiviertem – Spenden und den anonymen Spenden stellt ein Problem dar, dessen sich die meisten Spender*innen nicht bewusst sind.

Da kauft Familie **Lehmann** mit dem Erbe der Oma eine Treppenstufe, auf der ihr Name stehen soll. Die Stufe darunter hat vielleicht eine AfD-Abgeordnete oder ein ewig gestriger Möchtegern-Gauleiter gekauft. Und die Stufe darüber ist vom Vorsitzenden des Rudolf-Hess-Gedenkclubs finanziert oder einem schwarz-weiß-rot-gesinnten Burschenschaftler. In Stein gemeißelt und in Gedanken eins? Möchte Oma **Lehmann** das wirklich?

Wer sind denn die, die in den sozialen Netzwerken und Untergrundgazetten das Vorhaben am stärksten pushen? Der rechte Rand dieser Gesellschaft. Die Belege dafür sind zahlreich. Würde eine breite Schicht der Gesellschaft dieses Vorhaben wirklich mittragen, dann hätten die Aufbaubefürworter*innen nicht erst lächerliche 22.400 Unterstützer*innen im Internet eingesammelt. Dafür haben die GK-Fans sogar über ein Jahr gebraucht. Und ein Teil der Postings stammt aus fernen Ländern. Die Unterstützung für dieses Vorhaben liegt bei unter 0,03 Prozent der in Deutschland Lebenden! Was für ein national bedeutsames Vorhaben!

Der Bau einer Kirche sollte Angelegenheit der Religionsgemeinschaft sein. Aber dann sollte deren Klingelbeutel nicht permanent unter die öffentlichen Hände gehalten werden! Die Geldeintreiber rühmen sich, dass sie das Geld von **Max Klaar** und Genossen nicht angenommen haben. Aber indirekt finanziert der ursprüngliche Initiator des Vorhabens selbiges doch: Die fünf Millionen Euro von **Max Klaar** und Gesinnungsgenossen gingen an zahlreiche Kirchen der Stadt und des Umlandes. Die brauchten und nahmen das Geld für die Sanierung ihrer teils maroden Gotteshäuser. Und dies schaffte einen entlastenden Beitrag in der Schatulle der evangelischen Landeskirche, die daraufhin einen üppigen Millionen-Kredit für den Turmbau zu Potsdam bereitstellte.

„Bauen Sie mit, mit Ihrem guten Namen!“, heißt es. Der größte Raum des Turmes – falls er jemals in Teufels Namen errichtet wird – sollte mit „Steuerzahler“ benannt werden! Denn die sind die größten „Spender“. Einer trage des Andern Last. Genauer gesagt, die Steuerzahler*innen finanzieren der Christen und „Barockisten“ Prunksucht. Das Vorhaben und die Geldgeber aus öffentlichen Kassen verhöhnen all die Steuerzahler*innen und Christ*innen, die sich explizit gegen dieses Vorhaben ausgesprochen haben. So beispielsweise durch das Bürgerbegehren im Jahr 2014 und erst jüngst wieder zum Bürgerhaushalt 2017 mit rund 10.000 Stimmen.

Steht ein von Eitelkeit geprägtes Menschenwerk nicht dem christlichen Glauben entgegen? Steht nicht im *Buch Kohelet* die Vorstellung von der Vergänglichkeit alles Irdischen geschrieben? Die christlichen Kirchen haben viele Häuser in dieser Stadt und wenig Schäfchen. Für wen also dieser alles überragende Turm? Wenn es wirklich um die Versöhnungsarbeit ginge, könnte diese in der Nagelkreuzkapelle stattfinden. Und für Gottesdienste stehen zahlreiche, teils fast leere Kirchen und neuerdings die IHK bereit.

Das Bauvorhaben spielt nicht nur mit der Eitelkeit möglicher Spender*innen. Es dient auch der Eitelkeit des Kuratoriums bzw. deren Mitglieder und der Aufbaubefürworter. Eitelkeit kommt aus dem Lateinischen, von Vanitas. Dies wird auch mit „leerer Schein“, Lüge, Prahlerei und Vergeblichkeit übersetzt. Wie passend für einen Turmbau der Eitelkeit!

► **Back to the roots – Luther einfach mal beim Wort nehmen:**
Aktion von Christen am Rechenzentrum neben der GK-Erwartungsfläche

www.christen-brauchen-keine-garnisonkirche.de

Erfolg gegen die Bäume

VON CARSTEN LINKE

Die Baumschutzverordnung der Stadt Potsdam soll novelliert werden. Die Aufweichung des Baumschutzes scheint vorprogrammiert. Eine erneute Auslegung und Diskussion des Verordnungsentwurfes wird notwendig.

Interview mit Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg

CARSTEN LINKE

Warum braucht die Stadt eigentlich eine neue Baumschutzverordnung? War die alte rechtsunwirksam oder will die Stadt nur ihren Aufwand mindern?

AXEL KRUSCHAT

Die alte Baumschutzverordnung ist auf jeden Fall noch in Kraft. Der Schutz der Bäume ab einem Stammumfang von 30 cm ist auch bisher noch nicht vom Gericht in Frage gestellt worden, lediglich einzelne Punkte zu den Ersatzpflanzungen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2007, die Baumschutzverordnung zu überarbeiten, zielte auf eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten für Baumfällanträge. Die richtige Antwort auf lange Bearbeitungsfristen muss aber eine effektivere Arbeit der Verwaltung und eventuell mehr Personal sein. Der Geltungsbereich einer Verordnung muss sich am Schutzgegenstand orientieren!

Was sagt ihr zur Synopse seitens der Verwaltung und dem bisherigen Beteiligungsprozess?

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ging über die Mindestanforderungen der Naturschutzgesetze hinaus. So wurde 2015 eine öffentliche Veranstaltung im Uni-Campus Griebnitzsee durchgeführt, die extern moderiert wurde. Über 300 schriftliche Einwendungen sind eingegangen. Allerdings wurde von den Anregungen fast nichts berücksichtigt. Statt in vier Meter Entfernung soll es jetzt nur noch in drei Meter Entfernung zu Wohngebäuden möglich sein, ohne Genehmigung und ohne Ersatzpflanzung Bäume zu fällen. Noch weniger geändert wurde nach der förmlichen Beteiligung im April und Mai 2016. So ist beispielsweise jetzt die Italienische Erle für Ersatzpflanzungen zugelassen. Das ist zu wenig angesichts der Verpflichtung der Stadt, im Interesse des Klimaschutzes das Grünvolumen zu erhöhen.

Im Bauausschuss kam es zu einem ersten sogenannten Kompromiss. Der Stammumfang soll „nur“ auf 45 cm statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen 60 cm erhöht werden. Und für die *Stiftung Schlösser und Gärten* soll eine aufweichende Sonderregelung gefunden werden. Was würde die bedeuten?

Ein Baum in einer öffentlichen Parkanlage hat die gleiche ökologische Funktion wie ein Baum in einem Privatgarten. Somit sollten auch die Pflichten die gleichen sein. Die Stadt Potsdam hat Probleme, die Grenzwerte bei Feinstaub und Stickoxiden einzuhalten. Bäume binden aber Staub und sorgen für saubere Luft. Es ist erwiesen, dass bestimmte Erkrankungen in gut durchgrünten Wohnquartieren seltener auftreten. Bereits ab einem Stammumfang ab 30 cm haben Bäume in der Großstadt eine relevante ökologische Funktion und tragen zur Luftreinigung, Lärmreduktion und zur naturnahen Erholung bei. Die Erhöhung des Stammumfangs um Faktor 1,5 mindert nicht nur den Baumschutz, sondern

negiert die wichtigen Wechselfunktionen von Bäumen in der Stadt. Die 60 cm, die die Stadt vorschlägt, sind ohnehin nicht zu akzeptieren.

Was erwartet ihr von den Rathausfraktionen? Und was von den Grünen? Unsere Position als DIE aNDERE ist klar: weiterhin 30 cm Stammumfang, keine Abstandsregel zu Gebäuden und keine Ausnahmen für Friedhöhe und Parkanlagen.

Ich fürchte, dass sich die Rathauskooperation über das Votum von Hunderten von Bürgern und den Naturschutzverbänden hinwegsetzen wird. Die Grünen haben zwar einen Änderungsantrag mit vier Punkten gestellt, aber das wird wohl alles sein.

Ist das nicht ein urgrünes Thema? Müssten nicht die Bündnisgrünen die Kooperationsfrage stellen, wenn sie wieder mal von ihren Partnern überstimmt werden?

Für eine Ablehnung der Entschärfung der Baumschutzverordnung müssten nicht nur die Grünen, sondern auch alle anderen Fraktionen außerhalb der Rathauskooperation stimmen, was ich mir beispielsweise beim Bürgerbündnis, inkl. FDP, nicht vorstellen kann. Meine Erfahrungen mit den Grünen sagen mir außerdem, dass sie deshalb die Kooperation nicht platzen lassen werden.

Es kommt noch schlimmer, Axel. Im Umweltausschuss stimmten DIE GRÜNEN für den Änderungsantrag der CDU/ANW, der den o.g. Kompromiss nochmals aufweicht und für den Innenstadtbereich 45 cm und den ländlichen Bereich sogar 60 cm Stammumfang vorsieht.

Ich halte von dieser Differenzierung gar nichts. Was ist Innenstadt und was ist der Rand... Wenn man es einfach haben möchte, dann sollte man die Verordnung so ändern, dass an jedem Baum erkennbar ist, ob zum Fällen eine Genehmigung nötig ist oder nicht. Das ist nach meinem Dafürhalten mit der Definition eines Umfanges von 30 cm für alle Bäume erreicht. Wem der Baum gehört, beispielsweise einer Privatperson, einer Schlösserstiftung, ob der Baum an einer Bundesstraße steht usw. ist irrelevant.

Vielen Dank für das Gespräch.

Auch dieses Jahr fand am 12.11. das traditionelle *Gedenksteinwerfen* für Max Dortu statt.

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / NOVEMBER 2016

DIE aNDERE

V.i.S.d.P. DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Gutenbergstraße 60
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
ANJA HEIGL, JULIA LAABS, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, ARNDT SÄNDIG, STEN

Gestaltung:
MARCUS GROßE
marcus-grosze.allyou.net

EIN REAKTOR STEHT IM WALDE
GANZ STILL UND STUMM,
ER HAT VOR LAUTER GEIZ
KEIN MÄNTLEIN DRUM,
SAG WER MAG DAS FLUGZEUG SEIN,
DASS DA FLIEGT IN' REAKTOR REIN...

www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de